Morgen-Ausgabe Nr. 8 Donnerstag, 6. Januar 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.80, durch Postbezug RM. 3.50 einschl. 47,03 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise u. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Der rumänische Kronprinz in Seenot

Schwere Schneestürme im ganzen Schwarzmeergebiet

Sofia, 5. Januar.

Nach noch nicht bestätigten Meldungen aus Warna geriet das rumänische Torpedoboot „Principessa Maria", das den rumänischen Thronfolger Michael zu den Hochzeitsfeierlichkeiten des griechischen Kronprinzen nach Athen bringen soll, auf der Höhe des bulgarischen Hafens Burgas infolge der schweren Stürme auf dem Schwarzen Meer in Seenot. Das Kriegsschiff teilte durch Funkspruch mit, daß es Kurs auf den Hafen Warna genommen habe. Seither fehlen Nachrichten von dem Schiff.

Schneestürme und große Kälte halten in ganz Bulgarien unvermindert an. In Bulgarisch-Thrazien sind am Mittwoch mehrere Züge, darunter auch der von Burgas kommende D-Zug, im Schnee steckengeblieben. Die Blätter berichten über vier weitere Opfer des weißen Todes.

Nach Meldungen aus Warna sind auch zwei holländische und ein italienischer Dampfer, die am Mittwochmittag den Hafen anlaufen sollten, überfällig.

In Polen hat sich die Kältewelle im Verlaufe der Dienstagnacht und des Mittwochs weiter verschärft. In den Ostgebieten, so in der Woiwodschaft Tarnopol, wurden 29 Grad, in Warschau und in Bromberg 22 Grad unter Null gemessen. Die Weichsel und andere Flüsse sind jetzt zum größten Teil fest zugefroren. Starker Schneefall, der den Frost begleitet, hat die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs in einigen Teilen des Landes erschwert.

Madrid ist innerhalb eines Monats zu räumen

Verfügung des Bolschewistenausschusses – Nur Militärpersonen dürfen in der Hauptstadt bleiben

Paris, 5. Januar.

Eine Verfügung des spanischen Bolschewistenausschusses gibt bekannt, daß die Zivilbevölkerung Madrid spätestens innerhalb eines Monats zu räumen habe. Nur solche Personen dürfen in Zukunft in Madrid bleiben, deren Anwesenheit militärisch erforderlich ist. Nach Ablauf von 20 Tagen werden in Madrid die Lebensmittelkarten überprüft und allen denjenigen entzogen werden, die der Verfügung nicht Folge geleistet haben. Alle erforderlichen „polizeilichen Maßnahmen" wurden getroffen, um die Räumung der Stadt sicherzustellen.

16 Grad Kälte vor Teruel

Infolge des fortgesetzten Schneetreibens und der Kälte, die während der Nacht 16 Grad erreichte, beschränkten sich die Kampfhandlungen an der Teruelfront nur auf örtliche Gefechte. Im Abschnitt Vilastar wurden mehrere bolschewistische Gräben genommen. Die Artillerie zeigte auf beiden Seiten eine starke Tätigkeit. Während die Bolschewisten den Stadtkern von Teruel beschossen, belegten die nationalen Batterien insbesondere die Muleteostellungen der Bolschewisten mit starkem Feuer. Ein Teil der Zivilbevölkerung wurde in Anbetracht der exponierten Lage der Stadt nach Saragossa in Sicherheit gebracht.

Das „Spanische Institut"

Salamanka, 5. Januar.

Am Mittwoch traten in der Universität Salamanka zum ersten Male Vertreter der Akademien der Künste und der Wissenschaften zusammen, um über eine Neuorganisation ihrer Fachgebiete zu beraten. In einer außerordentlichen Sitzung soll das „Spanische Institut" feierlich konstituiert werden, das als Spitzenorganisation des nationalspanischen Kunst- und Geisteslebens gedacht ist. Seine Hauptaufgabe soll darin bestehen, der Welt Kenntnis über das wirkliche Spanien zu vermitteln.

Ausschaltung der Juden aus Rumäniens Wirtschaft

Grundlegende Beschlüsse des Ministerrates – Verbilligung von Zucker und Baumwolle

Bukarest, 5. Januar.

Am Mittwochabend fand ein Ministerrat der neuen rumänischen Regierung statt. Zunächst wurde zur Ueberprüfung der in jüdischen Händen befindlichen Schankkonzessionen ein Ministerausschuß eingesetzt. Die Entziehung der Schankkonzessionen soll nur im Rahmen der bestehenden Gesetze, namentlich des Gesundheitsgesetzes, erfolgen. Ein zweiter Ausschuß soll Maßnahmen zur Nachprüfung der auf betrügerische Weise erworbenen Staatsbürgerschaft ausarbeiten. Ferner wurde beschlossen, in bestimmten Fällen bei nichtrumänischen Wirtschaftsunternehmen Regierungsbeauftragte einzusetzen, und zwar bei solchen Unternehmungen, die mit Kapital arbeiten, das seinen Ursprung zwar bei rumänischen Staatsbürgern, aber nicht bei Blutsrumänen hat. Eingehend wurde die Verbilligungsaktion der Regierung durchgesprochen. Sie soll sich zunächst auf Baumwolle und Zucker erstrecken. Schließlich teilte der Unterrichtsminister eine von ihm erlassene Verfügung mit, daß der Unterricht in rumänischer Sprache und Geschichte nur von Blutsrumänen erteilt werde, sowohl in den Staatsschulen als auch in den Schulen der Minderheiten.

„Gute Wirtschaftsbeziehungen zum Reich"

Paris, 5. Januar.

Der neue rumänische Außenminister Micescu gewährte dem Bukarester Vertreter des „Temps" eine Unterredung, in deren Verlauf er darauf hinwies, daß die Auffassungen der Nationalchristlichen Partei Rumäniens ebensowenig mit dem italienischen Faschismus wie dem deutschen Nationalismus wesensgleich seien. Es bestehe auch keine Verwandtschaft mit der französischen Auffassung des Menschenrechtes. Die Lehrmeinung seiner Partei beziehe sich ausschließlich auf die Rechte des rumänischen Bürgers in Rumänien.

Auf die wirtschaftliche Lage eingehend, erklärte der Außenminister, daß Rumänien nicht mit jenen Völkern Wirtschaftsverhandlungen führen könne, die an den wirklichen Absichten Rumäniens zweifelten. Anderseits hätten vor dem Kriege stets Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rumänien und dem Deutschen Reich bestanden. Diese Beziehungen könnten daher auch heute niemanden überraschen.

Zwischen Rumänien und Italien sei von jeher Sympathie vorhanden gewesen. Die neue Regierung werde sich daher ebenso mit den wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wie mit den Sympathien für Italien beschäftigen und sie weiter entwickeln. Trotzdem werde Rumänien auch in Zukunft zu Frankreich halten, denn kein Rumäne vergesse, was er diesem Lande schuldig sei.

*

Außenminister Istrate Micescu wird, entgegen seinem ursprünglichen Reiseplan, zunächst nach Prag fahren, wo er sich am Sonntag und Montag aufhält. Von dort reist er nach Belgrad und Genf.

Geschäftsschließung für Wirtschaftsschädlinge

Berlin, 5. Januar.

Der Reichskommissar für die Preisbildung teilt mit: Der Regierungspräsident in Schneidemühl — Preisüberwachungsstelle — hat gegenüber der von der Frau Aussen in Schneidemühl betriebenen Eisenhandelsunternehmung die Geschäftsschließung angeordnet. Frau Aussen und ihr Ehemann, die dem Eisenhandel nicht angehören, haben versucht, aus gelegentlicher Materialknappheit Nutzen zu ziehen und sich volkswirtschaftlich ungerechtfertigte Provisionen und Gewinne zu verschaffen. Obwohl der Bestand einer wirklichen Firma durchaus zweifelhaft ist, wurde die Geschäftsschließung zur Beseitigung dieser preistreiberischen Elemente ausgesprochen, um für die Zukunft alle formalen Einwände abzuschneiden. Es ist bei dieser Gelegenheit erneut darauf hinzuweisen, daß die sofortige Geschäftsschließung allen denjenigen droht, die sich aus Eigennutz und Gewinnsucht als überflüssige Glieder in die Wirtschaft eindrängen.

11 Millionen Arbeitslose

Die Amerikaner sind nicht recht zufrieden, wenn sie in ihrem Lande, „Gods own country", nicht in jeder Beziehung das Höchste und Größte und Breiteste von der Welt besitzen, gleichgültig, ob es sich dabei um Wolkenkratzer oder Wasserfälle oder Sandstürme handelt. Sie haben die reichsten Leute — und auf der anderen Seite die krassesten sozialen Gegensätze. In einer amtlichen Erklärung wurde jüngst festgestellt, große Teile der amerikanischen Landbevölkerung lebten in einem Zustand der Armut, der schlimmer sei als vielfach in Europa. Es gebe viele Gemeinden, in denen das Durchschnittseinkommen der Familien mitleiderregend niedrig sei. Daß die Lage in den amerikanischen Städten keineswegs rosiger ist, darüber geben die Arbeitslosenzahlen Aufschluß, die soeben veröffentlicht wurden. Bekanntlich ist im letzten Herbst zum ersten Male eine Zählung in den Vereinigten Staaten durchgeführt worden, und zwar in der Weise, daß 32 Millionen Haushaltungen die berühmt gewordene gelbe Postkarte des Präsidenten erhielten, auf der vierzehn Fragen zu beantworten waren. Rund 72 vom Hundert der Empfänger unterzogen sich dieser Mühe. 7,8 Millionen meldeten sich dabei als arbeitslos. Diejenigen, die die Antwort schuldig blieben, waren aber nicht solche, die in besseren Verhältnissen leben, sondern es sprechen andere Gründe für die Unterlassung mit. Zum Beispiel gab es unter den Empfängern eine große Zahl von Analphabeten. Man holte ja, bevor die strengen Einwanderungsgesetze erlassen wurden, in großen Scharen sozial tiefstehende Arbeitskräfte ins Land, um „billige Hände" zu haben, und diese „billigen Hände" haben bis heute nicht Lesen und Schreiben gelernt. Außerdem ist der allgemeine Kulturstand in den Südstaaten an sich nicht gerade hoch. Ein Sonderkapitel bildet die Negerfrage. So dürfte der Leiter der Zählung, John Biggers, nicht unrecht haben, wenn er auf Grund des Ergebnisses die Gesamtarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten auf etwa elf Millionen schätzt. Diese Zahlen beziehen sich aber auf Mitte November. Biggers selbst weist darauf hin, daß sie inzwischen sehr stark weiter angewachsen seien. Die Jahreszeit macht sich ja auch in Amerika bemerkbar. So ist kein Zweifel daran möglich, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich die höchste Arbeitslosenziffer der Welt aufzuweisen haben. Wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung von USA etwa doppelt so groß ist wie die deutsche, entspricht die Arbeitslosenziffer etwa der, die in Deutschland vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vorhanden war.

Dieselbe Zahl wie einst in Deutschland. Zwar Arbeitslosigkeit ist nicht gleich Arbeitslosigkeit, und man darf nicht ohne weiteres auf dasselbe Maß von Elend und Not schließen, wie wir es erlebten. Die Bedürfnisse sind anders; die Möglichkeiten, das Leben auf irgendeine Art des Ausweichens zu fristen, bieten sich in dem weiten Lande günstiger dar, als im übervölkerten Deutschland; man huldigt anderen Anschauungen, und John Biggers selbst unterscheidet in seinem amtlichen Bericht zwischen „Gewohnheitsarbeitern" und solchen Amerikanern, die nur dann als Arbeitsuchende in Erscheinung treten, wenn ihre Geldmittel erschöpft sind. Aber auch wenn man das gebührend berücksichtigt, bleibt die Zahl von elf Millionen Arbeitslosen ein Signal, das man nicht überhören kann. In ihr sind schließlich doch Millionen von hochqualifizierten Facharbeitern enthalten. Bezeichnend ist zum Beispiel, daß die General Motors Corporation dieser Tage gezwungen war, wegen Auftragsmangels 30 000 Arbeiter und Angestellte zu entlassen. Und ihre großen Werke stehen mit einer so einschneidenden Maßnahme nicht allein. Allgemein weisen die amerikanischen Schlüsselindustrien einen erheblichen Rückgang an Bestellungen auf. Sehr viele große Werke sind dazu übergegangen, nur noch zwanzig Stunden in der Woche oder gar noch weniger arbeiten zu lassen. Hatte man vor einem halben Jahre die größten Hoffnungen, einem neuen Abschnitt der vielgepriesenen „Prosperity", der wirtschaftlichen Blüte, entgegenzugehen, so ist die Konjunktur nun schon seit Monaten rückläufig. Die Preise der Rohstoffe auf den Weltmärkten sind gesunken. Die Kurse an den Wertpapierbörsen sind abgerutscht. Abzuwandern beginnt sogar das ausländische Fluchtkapital, das Anlagen in den Vereinigten Staaten suchte, und da dessen Besitzer im Geruche besonders feinen wirtschaft-

Heute Beilage:

„Deutsche Jugend"